

## Bürgerlicher Dissens zur Unzeit

Die politische Schlammschlacht ist geschlagen. In der Schlussphase des Abstimmungskampfs zur Personenfreizügigkeit wurde Gift und Galle versprüht. Von Lügenpropaganda und Schmutzkampagnen war die Rede. Die berüchtigten Raben liessen Fäkalien fallen. Pikant daran war: Der Schlagabtausch fand nicht auf der Links-rechts-Achse statt. Es waren bürgerliche Kreise, die sich gegenseitig mit Dreck bewarfen. Die SVP zog gegen den Wirtschaftsverband Economiesuisse vom Leder. Die FDP schwärzte die SVP in Inseraten an. Unternehmerkomitees hüben und drüben bezichtigten sich gegenseitig, schwache Argumente zu haben. Christoph Blocher und sein Parteifreund Peter Spühler frozelten gegeneinander, als wären sie sich spinnefeind.

### SYMPTOMATISCHE KEILEREIEN

Die Linke wird die Verwerfungen, die in den letzten Wochen zur Rechten sichtbar geworden sind, frohgemut registriert haben. Aus liberaler Sicht besteht allerdings kein Grund zu Freude. Die Keilereien rund um die Personenfreizügigkeit sind symptomatisch für den desolaten Zustand im bürgerlichen Lager.

Vorbei sind die Zeiten, als die bürgerlichen Bundesratsparteien in Sachfragen den Kompromiss suchten, fanden – und ihn gemeinsam gegen rot-grüne Opposition verfochten. Heute wird der bürgerliche Dissens kultiviert, der gemeinsame Nenner aus parteitaktischem Kalkül verweigert. Abgrenzung als Prinzip.

In den neunziger Jahren war es vorab die Europafrage, mit der FDP und CVP nicht zu Rande kamen. Der damalige SVP-Präsident Ueli Maurer prognostizierte gebetsmühlenartig, das bürgerliche Lager werde so lange zerstritten bleiben, als das Verhältnis Schweiz - EU nicht geklärt sei. Diese Konstellation hat dazu beigetragen, dass vorab das wertkonservative Wählersegment radikal umgeschichtet worden ist. Davon profitiert hat Maurers – beziehungsweise Christoph Blochers – SVP. Geblutet haben FDP und CVP.

Man müsste meinen, dass der vom Stimmvolk zum wiederholten Mal bekräftigte Bilateralismus eine tragfähige Basis ist. Als «Casus Belli» taugt die Europafrage auf absehbare Zeit nicht mehr. Gleichwohl sind die bürgerlichen Parteien zerstrittener denn je.

### KLEINLICHES PARTEIENGEZÄNK

So eindeutig dieser Befund ist, so inakzeptabel ist er gleichzeitig. Warum? Die Finanzkrise hat auch die Schweiz mit voller Wucht erfasst. Die daraus resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme erfordern grösstmögliche Ernsthaftigkeit und Verantwortungsbewusstsein. Wer sich trotzdem auf klein-kariertes Parteiengetzäck kapriziert und nur auf die nächsten Bundesratswahlen schießt, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Zu konstatieren ist, dass diese Einsicht im bürgerlichen Lager noch nicht überwiegt. Die SVP schießt weiterhin aus allen Rohren und in alle Richtungen. Ihre Treffsicherheit ist zurzeit speziell in Wirtschaftsfragen eingeschränkt. Zudem beschäftigt sich die SVP seit

geraumer Zeit mit sich selber, mit abtrünnigen Magistratspersonen, mit Flügelkämpfen und mit dem Exodus frustrierter Parteigänger. Das nach der Abwahl von Bundesrat Blocher ausgerufenen Projekt Opposition ist nach der Wahl von Ueli Maurer in den Bundesrat zwar abgebrochen worden. Faktisch hat die SVP die Rückkehr zur Regierungspartei aber noch nicht vollzogen. Ob Präsident Toni Brunner über den Willen und die Kraft verfügt, diesen Schritt gegen internen Widerstand zu vollziehen? Es muss gezwweifelt werden.

Die FDP ist zwar bemüht, sich als bürgerlich-liberalen Pol anzubieten. Der weitgehend vollzogene Schulterschluss mit der Liberalen Partei ist ein Schritt in diese Richtung. Aber die Strahlkraft des redlichen Präsidenten Fulvio Pelli reicht bis jetzt nicht aus, um dieser Strategie das notwendige Gewicht zu verleihen. Die FDP tritt wenig zupackend auf, zu sehr dominieren individuelle Interessen – intern stark divergierende zumal. Die freisinnigen Leuchttürme leuchten nicht. Und zu viele Freisinnige sind paralysiert, wenn von den drei Buchstaben S, V und P die Rede ist.

Unberechenbar und lavierend agiert die CVP. Der ideologisch kaum fassbare Christophe Darbellay etikettiert seine Partei zwar unverdrossen als bürgerliche Kraft. Weil der CVP-Präsident aber im Verein mit SP, Grünen und Kommunisten 2007 tatkräftig mithalf, die Abwahl Blochers zu inszenieren, ist das Finden eines Konsenses mit der Scharnierpartei CVP zusätzlich erschwert worden.

Die Zersplitterung des liberalen Spektrums schreitet auch anderweitig voran. Die Bürgerlich-Demokratische Partei entschlüpft allmählich dem Mauerblümchendasein. Die Absicht der BDP, Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf vor der zürnenden SVP abzuschirmen und sich als gleichsam weichgespülte Volkspartei zu profilieren, mag löblich sein. Ein politisches Programm ist das nicht.

### LIBERALE AGENDA

Zu den nobelsten bürgerlichen Tugenden gehört es, Verantwortung zu übernehmen. In der gegenwärtigen Krisenlage ist diese Tugend erst recht gefragt. Es gilt, jene liberalen Werte und Überzeugungen zu verteidigen, die am Ursprung des Erfolgsmodells Schweiz stehen. Vor diesem Hintergrund kommt der Dissens, der sowohl innerhalb der bürgerlichen Parteien als auch zwischen ihnen grassiert, zur Unzeit. Dringend gefragt ist stattdessen eine «liberale Agenda» – ein parteiübergreifend abgestütztes Konzept, das sich konsequent an den aktuellen Problemen ausrichtet.

Skizzieren lässt sich eine liberale Agenda unschwer. Die sichtbar gewordenen privatwirtschaftlichen Exzesse sind einzudämmen, ohne dass die Wirtschaft und vor allem die unzähligen rechtschaffenen KMU nach rot-grünem Gusto geknebelt werden. Im Standortwettbewerb ist standhaftes Selbstbewusstsein gegenüber ausländischen Druckversuchen erforderlich. Im Landesinnern ist der wirtschaftspolitische Fokus konsequent darauf auszurichten, bestehende Arbeitsplätze zu retten und neue zu schaffen. Finanzpolitische Abenteuer, die den staatlichen Schuldenberg weiter in die Höhe treiben, sind zu verhindern, ebenso masslose Konjunkturprogramme. Den sozialstaatlichen Ausbau- und Umverteilungsmassnahmen, die von links angepöbelt werden, ist Einhalt zu gebieten. Insbesondere sind die Sozialwerke – AHV, IV, Arbeitslosenversicherung – langfristig finanziell zu sichern, ohne laufend Steuern und Lohnprozente anzuzapfen. Und die unselige Kostenspirale im Gesundheitswesen muss gestoppt werden.

### GEFRAGT IST LEADERSHIP

Diese skizzierte Agenda ist anspruchsvoll genug. Sie zu bewältigen, erfordert Führungskraft – neudeutsch: Leadership – und einen koordinierten Sondereffort der liberal gesinnten Kräfte. Kein Gehör verdienen dagegen die Etatisten in allen Parteien, die in blindem Eifer regulieren und alle staatlichen Schleusen öffnen möchten.

Der Bundesrat steuert bis jetzt konjunkturpolitisch auf dem richtigen Kurs. Sein Stabilisierungsprogramm, das er diese Woche vorgelegt hat, ist massvoll. Umso wichtiger wäre es, wenn auch die bürgerlichen Parteien erkennen würden, was nottut. Nicht innerparteiliche Zwietracht und parteiübergreifende Kakophonie sind jetzt gefragt, sondern das gemeinsame Streben nach einer umsichtigen Krisenbewältigung.

## SP will Unvereinbarkeitsregelung ausdehnen

### Spitzenvertreter der Krankenkassen im Visier

SP-Nationalrätin Fehr will Verwaltungsräte und Geschäftsleitungsmitglieder von Krankenversicherungen aus den Räten verbannen. Davon betroffen wären 11 Parlamentarier.

es. Seit Beginn der neuen Legislatur gelten strengere Regeln für die Unvereinbarkeit zwischen einem eidgenössischen Mandat und bestimmten nebenamtlichen Funktionen der Parlamentarier. Damit wollte man der personellen Gewaltenteilung konsequenter Rechnung tragen. Dies bedeutete für zahlreiche Bundesparlamentarier, dass sie sich zwischen ihrem Mandat und ihren Nebenämtern entscheiden mussten. So trat etwa SP-Vertreter Werner Marti als Nationalrat zurück, um das mit dem Parlamentsmandat unvereinbare Verwaltungsratspräsidium der Alp Transit AG zu übernehmen. Ähnlich erging es dem Glarner Ständerat Fritz Schiesser (fdp.), der das Amt des Präsidenten des ETH-Rats als Parlamentarier nicht hätte antreten können.

### Analogie zu Stiftungsräten

SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr will nun die Unvereinbarkeitsregelung ausdehnen. Sie strebt eine Trennung der Interessen in der obligatorischen Krankenversicherung an. Dazu soll das Parlamentsgesetz geändert werden. Fehr hat zusammen mit 25 Mitunterzeichnern aus dem rot-grünen Lager eine parlamentarische Initiative eingereicht, die die Staatspolitische Kommission des Nationalrats nächste Woche behandeln wird. Künftig sollen Mitglieder der obersten Organe einer Krankenversicherung (Verwaltungsrat, Geschäftsleitung), die in der obligatorischen Grundversicherung aktiv ist, nicht mehr der Bundesversammlung angehören. Gleiches habe für Personen in Leitungsgremien des Branchenverbandes Santésuisse zu gelten. Davon betroffen wären zurzeit 11 Parlamentarier, 6 National- und 5 Ständeräte. Bereits bei der Beratung der Unvereinbarkeitsregelung im Parlament im März 2007 wurde freilich ein gleichlautender SP-Einzelantrag klar abgelehnt.

Für Jacqueline Fehr ist schwer nachvollziehbar, dass heute beispielsweise Stiftungsräte der Pro Helvetia, des schweizerischen Nationalparks, der Präsident der schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften oder des Schweizerischen Nationalfonds genauso wie die Führungskräfte von Post, SBB, Swisscom, der Nationalbank usw. nicht mehr im eidgenössischen Parlament Einsitz nehmen dürfen, für Spitzenkräfte der obligatorischen Krankenversicherung dies hingegen nicht gelten soll. Fehr will deshalb künftig auch Führungskräfte der Krankenversicherung einschliessen, so wie dies für die Schweizerische Unfallversicherung Suva angesichts ihrer Struktur bereits der Fall ist. Franz Steinegger könnte als Suva-Verwaltungsrats-Präsident heute nicht mehr in der grossen Kammer sitzen. Die Krankenversicherungen seien zwar private juristische Personen und nicht direkt vom Bund beherrscht, räumt Fehr ein. Doch nehmen sie für den Bereich der obligatorischen Grundversicherung, wie die Nationalrätin betont, eine ausgelagerte Verwaltungstätigkeit wahr. Damit seien sie ihrer Funktion nach der Verwaltung zuzuordnen.

Fehr erhofft sich von der Unvereinbarkeit für «Kassenvertreter» eine unabhängigeren und freiere Beratung gesundheitspolitischer Reformen und eine Deblockierung der Gesundheitspolitik. Nicht ganz so weit geht eine parlamentarische Initiative der Basler Ständerätin Anita Fetz (sp.). Diese fordert für die Krankenkassenvertreter eine Ausstandspflicht bei der Vorbereitung, Beratung und Beschlussfassung über Fragen der obligatorischen Krankenversicherung.

### Eine übertragene Verwaltungsaufgabe

Die Vorstösse Fehr und Fetz erhalten Unterstützung von einem Rechtsgutachten der St. Galler Staatsrechtsprofessorin Regula Kägi-Diener. Dieses kommt zwar zum Schluss, dass die Krankenversicherungen von der geltenden Unvereinbarkeitsregelung nicht erfasst sind. Doch vertritt die Gutachterin die Rechtsauffassung, dass nach dem Sinn und Zweck der Unvereinbarkeitsregelung Krankenversicherungen, insoweit als sie die obligatorische Grundversicherung betreiben, eingeschlossen werden sollten und das Parlamentsgesetz entsprechend zu ergänzen sei. Schon heute erfasste die Regel die dezentrale Verwaltung und Entscheidungsträger in öffentlichen oder wirtschaftlichen Organisationen. Deshalb wäre es laut Kägi-Diener nur konsequent, auch Exponenten der mittelbaren Verwaltung, d. h. von privaten Institutionen, denen öffentliche Aufgaben über-



Die SP will Vertreter von Krankenkassen aus dem Parlament auf die Zuschauertribünen verbannen.

PETER KLAUNZER / KEYSTONE

tragen sind, in die Regelung der Unvereinbarkeit einzubeziehen. Sie unterstreicht, dass dies umso eher gelten müsse, je grösser die Bedeutung der übertragenen Verwaltungsaufgabe sei und wenn es sich um eine Aufgabe handle, mit der sich das Parlament als Gesetzgeber immer wieder befassen müsse. Beides, sowohl die grosse allgemeine Bedeutung als auch die besondere gesetzgeberische Aufmerksamkeit, treffen laut der Gutachterin auf die soziale Krankenversicherung zu.

Schon in einem Gutachten aus dem Jahr 2006 hatten der Staatsrechtsprofessor René Rhinow und Kägi-Diener festgehalten, dass die privatrechtlich organisierten Krankenversicherer für den Bereich der obligatorischen Grundversicherung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) einen öffentlichen Auftrag erfüllen. Es handle sich um eine Aufgabe, die aus der Verwaltung ausgelagert sei, hiess es damals. Die Versicherer seien daher in ihrer Funktion (als parastaatliche Organisationen) der Verwaltung zuzuordnen und hätten als Organe der mittelbaren Staatsverwaltung zu gelten. Damit seien an sie ähnliche Anforderungen wie an Verwaltungsstellen zu stellen.

Gegenüber dem Vertreter der FMH Ignazio Cassis (fdp.) und vor allem gegenüber den Ärzten im Parlament erhebt Fehr nicht die gleiche Forderung. Denn Ärzte seien bloss Berufsvertreter wie etwa die Bauern. Sie sind, wie Fehr sagt, allenfalls Interessenvertreter, nehmen aber keine Verwaltungsaufgaben wahr.

### Führungsfunktionen bei Krankenversicherern

es. Von der Unvereinbarkeitsregelung laut der Initiative Fehr bzw. von der Ausstandspflicht laut der Initiative Fetz wären 6 National- und 5 Ständeräte, die Führungsfunktionen als Mitglied des Verwaltungsrats oder der Geschäftsleitung einer Krankenversicherung wahrnehmen, unmittelbar betroffen.

#### Unmittelbar betroffene Nationalräte:

Ruth Humbel, cvp., Aargau, SGK\*-Mitglied (Regionalleiterin Santésuisse),  
Lucrezia Meier-Schatz, cvp., St. Gallen (Verwaltungsrätin CSS-Versicherungen),  
Claude Ruey, fdp., Waadt, SGK-Mitglied (Präsident Santésuisse),  
Simon Schenk, svp., Bern (Verwaltungsrat KPT-Versicherung),  
Jürg Stahl, svp., Zürich, SGK-Präsident (Geschäftsleitung Groupe Mutuel),  
Hansjörg Walter, svp., Thurgau (Verwaltungsrat Agrisano).

#### Unmittelbar betroffene Ständeräte:

Eugen David, St. Gallen, cvp., SGK-Mitglied (Verwaltungsratspräsident Helsana),  
Bruno Frick, Schwyz, cvp., SGK-Mitglied (Verwaltungsrat Swica),  
Konrad Graber, Luzern, cvp., SGK-Mitglied (Verwaltungsrat CSS-Versicherungen),  
Felix Gutzwiller, Zürich, fdp., SGK-Mitglied (Verwaltungsrat Axa Winterthur, Stiftungsrat Sanitas),  
Theophil Maissen, Graubünden, cvp., (Verwaltungsrat Concordia-Versicherung).

\* Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit.

## INHALT

### Harmos entzweit die Schweiz

Bald sind zehn Kantone dem Bildungskonkordat beigetreten – doch der Widerstand bleibt gross. 14

### Schaltzentrale der Stromflüsse

Die Netzleitstelle Laufenburg im Balanceakt zwischen Politik, Wirtschaft und Physik. 15

### Briefe an die NZZ

17